

"Die Diskussion um die Energiezukunft wird heftiger" : Interview

Autor(en): **Steinmann, Walter / Buchs, Matthieu**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie**

Band (Jahr): - **(2006)**

Heft 6

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-640817>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



«Die Diskussion um die Energiezukunft wird heftiger»

INTERNET

Bundesamt für Energie BFE:
www.bfe.admin.ch

Präsentation der Energieperspektiven 2035/2050, vorbereitende Arbeiten zur Umsetzung der Stromvorlagen, Bereinigung des Energieforschungskonzeptes... Walter Steinmann, Direktor des Bundesamtes für Energie (BFE), äussert sich zu den Herausforderungen, die ihn und seine Mitarbeitenden im Jahr 2007 erwarten.

Walter Steinmann, wenn Sie das Jahr 2006 Review passieren lassen: Welche Erfolge kann das BFE verbuchen?

Ein wichtiger Meilenstein war, dass der Bundesrat im Juni den Nachweis der technischen Machbarkeit eines geologischen Tiefenlagers für hochaktive und langlebige, mittelaktive Abfälle bestätigt hat. Die nächste Etappe wird der Sachplan Geologische Tiefenlager sein. Mitte 2007 wird der Bundesrat darüber befinden, so dass das BFE gegen Ende 2007 mit dem Auswahlverfahren für konkrete Standorte starten kann. Zudem erzielten wir wichtige Fortschritte bei der Totalrevision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes, auch wurde die Botschaft zur Schaffung des Eidgenössischen Nuklear-Sicherheitsinspektorats zuhanden des Parlaments verabschiedet.

Erfreulich verliefen auch die Verhandlungen im Ständerat zum Stromversorgungsgesetz und zur Revision des Energiegesetzes. Schliesslich konnten wir im Rahmen der zweiten Halbzeit von EnergieSchweiz neue Verträge mit unseren Netzwerkpartnern und weitere Branchenvereinbarungen zur Förderung der Energieeffizienz abschliessen. Nun ist der Weg vorgezeichnet, den wir bis zum Jahr 2010 beschreiten werden.

Im Oktober hat das «Forum Energieperspektiven», das während drei Jahren die Arbeiten zu den BFE-Energieperspektiven begleitete, Bilanz gezogen. Eine gemeinsame Abschlusserklärung der Forumsmitglieder kam jedoch nicht zustande. Wie ist dies zu interpretieren?

Die Energieperspektiven 2035/2050 werden aufgrund von wissenschaftlich fundierten Berichten und Studien erstellt. Sie bilden den Grundstein für die politische Diskussion über die zukünftige Ausrichtung der schweizerischen Energie- und Klimapolitik. Vom Forum Energieperspektiven haben wir ein erstes politisches Feedback zu den Arbeiten erwartet. Doch leider konnten sich die Beteiligten nicht auf einen gemeinsamen Nenner einigen. Immerhin: Die persönlichen Empfehlungen der Berner Alt-Regierungsrätin und Präsidentin des Forums, Dori Schaer-Born, an das BFE werden von einem Grossteil der Forumsmitglieder getragen.

Wie geht's nun weiter?

Im Dezember hat das BFE die Arbeiten zu den Energieperspektiven abgeschlossen. Anfang 2007 wird der Bundesrat die Ergebnisse prüfen und die entsprechenden Eckpfeiler für eine langfristige Energiepolitik definieren. Ich hoffe, dass

es dann in der politischen Diskussion gelingen wird, einen Konsens über die künftige Ausrichtung der schweizerischen Energiepolitik zu finden, der den Forderungen nach Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit Rechnung tragen kann.

Reichen die laufenden Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz aus, um eine drohende Versorgungslücke zu schliessen? Immerhin müssen wir bis 2020 etwa 20 bis 30 Prozent der Stromproduktion ersetzen.

«ENERGIE- UND KLIMAFRAGEN WERDEN IN DEN NÄCHSTEN EIDGENÖSSISCHEN WAHLEN WICHTIGE THEMEN SEIN.»

Die Verbesserung der Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien sind zwei grundlegende Elemente zur Sicherstellung der langfristigen Versorgungssicherheit. Das BFE unterstützt und fördert deshalb Massnahmenpakete in diesen wichtigen Bereichen. So können wir die Lücke zwar stark verkleinern, trotzdem wird noch eine Restlücke übrig bleiben. Wir müssen uns gut überlegen, wie diese dereinst gefüllt werden kann. Mit den Massnahmen zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien allein schaffen wir es nicht.

Welche Möglichkeiten stehen der Schweiz sonst noch offen?

Ich sehe drei Optionen: vermehrte Stromimporte aus dem Ausland, eine befristete Stromproduktion mit fossil-thermischen Kraftwerken oder der Bau neuer Kernkraftwerke. Höhere Importe sind mit Unsicherheiten behaftet und könnten unsere Versorgungssicherheit schwächen. Was den Bau neuer Kernkraftwerke betrifft – darüber wird das Volk zu entscheiden haben, sobald ein konkretes Rahmenbewilligungsgesuch vorliegt. Hier gilt jedoch zu bedenken, dass es von der Planung eines Kernkraftwerks bis zur Inbetriebnahme bis zu 20 Jahren dauern kann. Das neue KKW käme also zu spät für die Deckung der Versorgungslücke, die sich schon in 10 bis 15 Jahren öffnen wird. Gas-

kombi-Kraftwerke könnten sehr viel schneller realisiert werden und erscheinen mir daher als eine denkbare Übergangslösung, die wir jetzt seriös prüfen müssen.

Sind die Bedingungen für den Bau von Gaskombi-Kraftwerken in der Schweiz erfüllt?

Es ist jetzt Aufgabe der Politik, die für den Bau von Gaskombi-Kraftwerken erforderlichen Rahmenbedingungen zu definieren. Zu beachten sind dabei die aktuellen und künftigen Klimaziele der Schweiz aber auch die Frage der Versorgungssicherheit. Dazu

müssen die Anzahl der zur Schliessung der Stromlücke benötigten Kraftwerke festgelegt sowie möglichst europakompatible Bedingungen für die Kompensation der CO₂-Emissionen definiert werden.

Welche Herausforderungen warten auf das Bundesamt für Energie im Jahr 2007?

Ich hoffe, dass die Beratungen zum Stromversorgungsgesetz rasch und erfolgreich über die Bühne gehen. Es wird dann an uns liegen, die nötigen Vorbereitungen zur Umsetzung zu treffen. Denn das Gesetz soll bereits am 1. Januar 2008 in Kraft treten – vorausgesetzt, das Referendum wird nicht ergriffen.

Zweitens muss das Konzept der Energieforschung des Bundes für die Jahre 2008 bis 2011 besprochen und verabschiedet werden. Und drittens stehen im Parlament die Beratungen zum «Kernenergiehaftpflichtgesetz» und zum Gesetz über das «Eidgenössische Nuklear-Sicherheitsinspektorat» an. Diese Geschäfte werden vom BFE vorbereitet und unseren Fachexperten einiges an Einsatz abverlangen. Schliesslich wird das BFE die politische Diskussion zur mittel- bis langfristigen Energiestrategie der Schweiz begleiten. Dies auf der Basis unserer Energieperspektiven 2035/2050, die wir früh im Jahr 2007 präsentieren werden. Vor dem Hintergrund der im Herbst stattfindenden eidgenössischen

Wahlen erwarte ich zudem eine intensive energiepolitische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit, bei der auch das BFE gefordert sein wird.

Wie steht es um das bilaterale Stromabkommen mit der EU?

Das bilaterale Stromabkommen mit der EU ist für die Schweiz sehr wichtig. Ich bin zuversichtlich, dass die Verhandlungen Anfang 2007 zügig aufgenommen werden können. Allerdings glaube ich nicht, dass wir diese bereits im Jahr 2007 erfolgreich zu Ende führen können.

Im Ausland werben Politikergesteine wie der frühere US-Vizepräsident Al Gore für eine nachhaltige Energiezukunft. Könnte dieses Thema auch bei den Parlamentswahlen im Herbst eine Rolle spielen?

Für mich ist klar, dass Energie- und Klimafragen das Wahljahr mitprägen werden. Ich vermute, dass ein grosser Teil der Wählerinnen und Wähler sich bei ihren Entscheiden auch durch Stellungnahmen zur Energie- und Klimapolitik leiten lassen werden.

Das Bundesamt für Energie wird im Januar erstmals einen Preis für aussergewöhnliche Leistungen im Energiebereich verleihen, den sogenannten «Watt d'Or». Was bezwecken Sie mit dieser Auszeichnung?

Die Auszeichnung wird künftig jedes Jahr innovative Projekte von Organisationen, Unternehmen und Personen belohnen, die sich durch Originalität und Pioniergeist auszeichnen. Wir wollen damit zeigen, was mit dem heute vorhandenen Know-how und den verfügbaren Technologien möglich ist, wollen die Lust zum Nachmachen wecken und Impulse für neue, zukunftsträchtige Projekte geben. Da dieser Preis vom Bundesamt für Energie verliehen wird, stellt er auch ein Qualitätslabel für die ausgewählten Projekte dar. Denn unser Ziel ist es, den Watt d'Or zu einem Güte- und Qualitätssiegel in der Schweizer Energieszene zu entwickeln.

Interview: Matthieu Buchs